

Pressemitteilung

03. April 2019

Verbände: Klimaziele im Verkehr nur mit CO₂-armen Kraftstoffen erreichbar

Gemeinsame Erklärung von BDBe, DVFG, MEW, MVaK, MWV, UFOP, UNITI und VDB

Allianz für grüne Kraftstoffe: Klimaziele im Verkehr sind nur mit CO₂-armen Kraftstoffen zu erreichen

Berlin, 3. April 2019 - Globale, europäische und nationale Vorgaben setzen den CO₂-Emissionen im Verkehr künftig immer engere Grenzen. Die Nationale Plattform zur Zukunft der Mobilität (Verkehrskommission) hält zu ihrem Zwischenbericht fest: Zur Zielerreichung „werden alle Technologien und Verkehrsträger und entsprechende Investitionen in Infrastrukturen und Produktionsanlagen benötigt“. In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen acht Verbände aus dem Bereich der flüssigen Energieträger diese Feststellung der Verkehrskommission. Sie fordern die Bundesregierung auf, das Potenzial CO₂-armer Kraftstoffe ebenso engagiert zu nutzen wie das der Elektromobilität.

Bis 2050 will die EU klimaneutral werden; bis 2030 gibt es ehrgeizige Zwischenziele unter anderem für den Verkehr. Doch selbst wenn in Deutschland bis 2030 wie angestrebt rund 7 bis 10 Millionen E-Autos fahren, werden noch mehr als 35 Millionen Pkw mit Verbrennungsmotor unterwegs sein. Wesentliche Teile des Lkw-Verkehrs sowie Schiff- und Luftfahrt sind zudem nur schwer elektrifizierbar. Auch mit weiteren erforderlichen Maßnahmen wie mehr Ökostrom und mehr Förderung für Bus und Bahn wird sich die CO₂-Lücke im Verkehr nicht schließen lassen.

Biokraftstoffe und E-Fuels notwendig

Das bedeutet: Wir werden für den Klimaschutz weiterhin flüssige Kraftstoffe brauchen, und diese müssen klimaneutral werden. Biokraftstoffe sorgen bereits heute für Treibhausgasreduktion; fortschrittliche Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen werden eine zunehmend bedeutende Rolle spielen. Darüber hinaus steht mit strombasierten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) eine weitere Technologie zur Minimierung von CO₂-Emissionen im Verkehr zur Verfügung.

Fokussierung auf eine Technologie beinhaltet hohe Risiken

Gegen eine reine Fokussierung auf die E-Mobilität sprechen auch soziale und regionale Aspekte: Im Falle höherer Energiesteuern auf Kraftstoffe bezahlen Bewohner im ländlichen Raum, die auf

eine große Reichweite angewiesen sind, die staatlich geförderte Elektromobilität der Städte. Kleinwagen drohen wegen höherer Kosten aufgrund der erforderlichen CO₂-Senkung deutlich teurer zu werden, was gerade Bezieher niedriger Einkommen träfe.

Die Branche ist zum Dialog bereit

Die Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung sind davon überzeugt, dass nur mit einem deutlichen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe die Klimaziele im Verkehr erreicht werden können. Für die notwendigen erheblichen Investitionen in verschiedene fortschrittliche Technologien sind verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen unerlässlich. Die Verbände stehen mit ihren Mitgliedsunternehmen bereit, den Weg zu mehr erneuerbaren Kraftstoffen zu beschreiten.

Die Unterzeichner:

BDBe - Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft

DVFG - Deutscher Verband Flüssiggas

MEW - Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland

MVaK - Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe

MWV - Mineralölwirtschaftsverband

UFOP - Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen

UNITI - Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen

VDB - Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie



Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.

AFM+E Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.

Georgenstraße 23

10117 Berlin

Tel +49 (0)30 / 80 95 045 30

Fax +49 (0)30 / 22 605 978

info@afm-verband.de

www.afm-verband.de

Über den Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.:

Der AFM+E-Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie vertritt die Interessen unabhängiger, mittelständisch strukturierter Energieunternehmen gegenüber der Politik in der Bundeshauptstadt Berlin und in den Bundesländern. Die hinter dem Verband stehenden Unternehmen sind eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland.